

Liebe Europäerinnen, liebe Europäer!

Anfang Oktober war ich zu Gast im Pirkheimer-Gymnasium. Schüler/innen der Kollegstufe nutzten die Gelegenheit zu einer sehr angeregten und kritischen Diskussion über aktuelle europa- und außenpolitische Herausforderungen, vor der wir stehen. Im Anschluss stand ich Redakteurinnen und Redakteuren der Schülerzeitung des Gymnasiums Rede und Antwort. Das Interview, das Emir Taghikhani, Pawel Beylin, Deniz Kilic und Benedikt Aigner führten, können Sie in diesem Newsletter nachlesen.

Ebenfalls Anfang Oktober bereiste ich mit einer EU-Delegation den Kaukasus. Eigentlicher Anlass war ein EU-Nachbarschaftsabkommen mit den Kaukasus-Staaten Georgien, Aserbaidschan und Armenien. Der aufflammende Konflikt zwischen Georgien und Russland wirkte sich natürlich auch auf unsere Gespräche mit Georgiens Präsident Michail Saakaschwili aus.

Diese Ereignisse möchte ich zum Anlass nehmen, die Kaukasus-Region und den Ansatz der EU-Nachbarschaftspolitik vorzustellen.

Viel Spaß bei der Lektüre!
Herzlich Ihr



Europa- und außenpolitische Herausforderungen für Deutschland - Pirkheimer-Schülerzeitung interviewt Gloser

Frage: „Ein möglicher EU-Beitritt der Türkei ist sehr umstritten. Worin sehen Sie derzeitig Schwierigkeiten?“

Gloser: „Dem Beitritt der Türkei stellt sich u.a. nach wie vor die Zypernfrage in den Weg. Die nicht-türkische Seite der Insel muss von der türkischen Regierung offiziell anerkannt werden. Ebenso muss das Ankara-Protokoll umgesetzt werden: Es garantiert nämlich das Einlaufen von Schiffen bzw. Landen von Flugzeugen aus Zypern in türkischen Häfen bzw. Flughäfen.“

Frage: „Es gibt in Europa Bestrebungen, die EU als Weltmacht neben den Vereinigten Staaten etablieren zu wollen. Ihre Meinung?“

Gloser: „Über die Europäische Union als Weltmacht im Kontext mit den Vereinigten Staaten spekuliere ich eher im Kleinen. Viel wichtiger ist es, die Kommunikation und den Zusammenhalt der europäischen Länder aufrecht zu erhalten und zu verbessern und das gemeinsame Agieren zu fördern.“

Frage: „Ein heikles Thema ist die hoch subventionierte Gemeinsame Agrarpolitik der EU: Unter dieser haben nämlich mittelbar Länder der dritten Welt zu leiden. Überschussproduktionen der Union werden dort zu Mindestpreisen verkauft. Wie ist dem Abhilfe zu schaffen?“

Gloser: „Eine schnelle und direkte Problemlösung ist leider hier nicht in Sicht.

Auf weite Sicht hingegen versucht man im Rahmen der Welthandelsorganisation Verträge abzuschließen, die den Interessen aller Beteiligten gerecht werden.“

Frage: „Ein weiteres, derzeit heftig diskutiertes Thema ist der Einsatz deutscher Soldaten an Libanons Küste. Wie stehen Sie zu diesem Einsatz?“

Gloser: „Im Rahmen des Marine-Einsatzes der Bundeswehr geht es darum, den Waffenschmuggel auf dem Seeweg zu unterbinden. Dabei muss eng mit den libanesischen Behörden zusammen gearbeitet werden, um den Frieden in dieser konfliktreichen Region zu sichern. Nur in enger Abstimmung mit diesen kann der stark verbreitete Waffenschmuggel unterbunden werden. Ebenso darf die Hisbollah keinen „Staat im Staate“ bilden. Von der sozialen Grundsicherung bis hin zu einer eigenen Armee hat sich die Hisbollah im Libanon fest etabliert: Versorgung mit Medikamenten und Lebensmitteln werden von der Hisbollah ebenso sichergestellt werden wie Teile der Infrastruktur im Lande. Eine schnelle Zerschlagung dieses Parallel-Regimes ist dennoch nicht angezeigt. Nicht zuletzt, um Zustände wie im Irak zu vermeiden. Es geht vielmehr darum, den libanesischen Staat dabei zu unterstützen, demokratische Spielregeln durchzusetzen, die alle politischen Akteure im Land einhalten müssen, auch die Hisbollah.“

Zu Gast im Pirkheimer - Gymnasium

Kaukasus

Europäische Nachbarschafts - Politik



Termine :

30. Oktober: Nationalfeiertag Türkei - Altes Rathaus

3. November, 10 - 11 Uhr: Teilnahme am Infostand des Deutschen Bundestags auf der Consumenta
16-18 Uhr: Bürgersprechstunde in Ansbach
19-21 Uhr : Europa-Diskussion in Ansbach
(Aufzeichnung f. BR-Alpha)

11. November, 10-12 Uhr : Fachgespräch zur EU in Erlangen

Was ist die Europäische Nachbarschaftspolitik?

Im Zuge ihrer Erweiterung im Jahr 2004 entwickelte die EU die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP). Ziel ist es, neue Trennlinien zwischen einer erweiterten EU und unseren neuen Nachbarn zu vermeiden und stattdessen Stabilität, Sicherheit und Wohlergehen für alle zu erreichen.

Die EU bietet unseren Nachbarstaaten privilegierte Beziehungen an, um die politische Zusammenarbeit zu vertiefen und die wirtschaftliche Integration auszubauen. Grundlegend ist das Bekenntnis zu gemeinsamen Werten, wie Demokratie und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und marktwirtschaftliche Prinzipien.

Die ENP eröffnet den Nachbarländern keine Beitrittsperspektive, sondern stellt im Gegenteil eine Alternative zu einer Aufnahme in die EU dar.

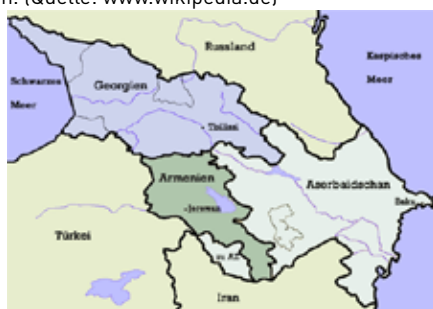
Mehr als nur Krisenregion: Der Kaukasus

Aus dem Kaukasus erreichen uns immer wieder Bilder und Nachrichten, die beunruhigen. Seien es Kriegsbilder aus Tschetschenien, Nachrichten über andauernde Konflikte zwischen Aserbaidschan und Armenien oder Meldungen über Spannungen zwischen Georgien und Russland. Der Kaukasus ist eine Region, die stark von ethnischen Konflikten, Bürgerkriegen und dem Streben nach Unabhängigkeit geprägt ist. Doch im Grunde ist recht wenig über diese Gegend bekannt: Häufig bleiben nur die Ländernamen als Schlagworte im Gedächtnis haften.

Was bezeichnet „Kaukasus“ eigentlich genau und wo liegt die Region überhaupt?

Der Kaukasus ist ein Gebirge, das etwa 3000 km südöstlich entfernt liegt. Dieses Gebirge wird im Westen vom Schwarzen und im Osten vom Kaspischen Meer begrenzt und ragt auf über 5.600 Meter Höhe empor. Geografisch bildet der Kaukasus eine Brücke zwischen Europa und Asien. Die Gebirgsregion ist in etwa so groß wie Deutschland. Der Kaukasus liegt südlich von Russland, östlich von der Türkei, westlich von Kasachstan und nördlich vom Iran. (Quelle: www.wikipedia.de)

Kaukasische Länder sind Georgien (Hauptstadt: Tiflis), Aserbaidschan (Baku), Armenien (Eriwan) und auch Russlands Süden. So liegt beispielsweise auch die autonome russische Teilrepublik Tschetschenien im Kaukasus.



Was macht den Kaukasus zur Konfliktregion?

Bis 1991 gehörte die gesamte Region zum sowjetischen Staatsgebiet. Seitdem entstanden drei souveräne Staaten im Südkaukasus: Georgien, Aserbaidschan und Armenien. Der Transformations- und Selbstfindungsprozess dauert bis heute an und ist begleitet von teilweise schweren ethnischen Konflikten um territoriale Unabhängigkeit.

Begründet ist dies in der Tatsache, dass die staatliche Dreiteilung nicht der Besiedlung durch die verschiedenen Bevölkerungsgruppen entspricht. So gehört zum Staatsgebiet Aserbaidschans offiziell das Gebiet Berg-Karabach. Um diese Region gibt es aber einen andauernden Konflikt mit dem Nachbarstaat Armenien. Zwei Drittel der Bevölkerung Berg-Karabachs sind nämlich armenischer Herkunft. Ähnlich verhält es sich mit Georgien: Offiziell zählen die autonomen Gebietskörperschaften Abchasien, Adscharien und Südossetien zum Staatsgebiet. Diese Gebiete gelten aber als „abtrünnig“, das heißt, sie werden nicht mehr oder nur noch begrenzt zentral regiert. So flammten kürzlich zwischen Georgien und Russland Konflikte unter anderem deshalb, weil die autonome Republik Abchasien im georgischen Nordwesten nach russischer Führung strebt. Der Nordkaukasus gehört politisch zu Russland und bildet somit eine Einheit. Diese ist aber nicht gefestigt, wie der Tschetschenien-Krieg um Unabhängigkeit aufzeigt. Neben ethnischen Spannungen bilden besondere strategische, ökonomische und soziale Bedingungen einen regelrechten „Ursachenkomplex“, der Krisen in der Region heraufbeschwört.

Einen sehr interessanten Einblick in dieses Thema bietet die Bundeszentrale für politische Bildung: Unter www.bpb.de/publikationen/ ist eine sehr informative Broschüre über diese Region kostenlos abrufbar.

Das Potenzial der Region stärken!

Der Kaukasus ist eine Region, die aufgrund ihres Reichtums an natürlichen Ressourcen und ihrer besonderen geografischen Brückenlage eigentlich eine Drehscheibe zwischen Nord und Süd, Orient und Okzident sein könnte. Wir als europäische Nachbarstaaten sind dringend aufgefordert, die Kaukasus-Staaten beim Aufbau einer funktionierenden Zivilgesellschaft zu unterstützen. Unter dieser Maßgabe will die EU am 14. November im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik einen Aktionsplan mit Georgien, Armenien und Aserbaidschan unterzeichnen.

Bild: Straße in Tuschetien



Europa- und außenpolitische Herausforderungen für Deutschland (Fortsetzung)

Frage: „Dem schließt sich die Frage nach möglichen Sanktionen gegen den Iran an, dessen Regierung in letzter Zeit mit ihrem Atomprogramm für hohe außenpolitische Spannungen sorgt. Wie stehen Sie Sanktionen gegenüber?“

Gloser: „Zum jetzigen Zeitpunkt spreche ich mich gegen Sanktionen oder ein eventuelles Handelsembargo aus. Vorzuziehen sind direkte Verhandlungen mit dem Iran. Das Problem, dass der Iran durch seine immer wieder an den Tag gelegte Ablehnungshaltung gegen angebotene Gespräche Zeit schinden könnte, um das Atomprogramm zu realisieren, sehe ich durchaus. Einen präventiven Militärschlag schließen wir aber aus. Sollte der Iran allerdings auf die Verhandlungsangebote der EU 3, USA, Russland und China nicht eingehen, werden Sanktionen unvermeidlich.“



Frage: „Ein Themengebiet, welches sich von der Weltpolitik entfernt, und trotzdem sehr spannend ist, ist die im Koalitionsvertrag festgehaltene Reform des Jugendschutzes. Genauer gesagt möchten wir Sie nach Ihrer Meinung zum Thema „Killerspiele“ fragen.“

Gloser: „Ich muss zugeben, ich kenne keines dieser Spiele aus eigener Erfahrung – aber ich bin sicher, nichts verpasst zu haben! In dieser problemerefüllten Welt Konflikte am Computer der Unterhaltung halber zu simulieren, find ich nämlich nicht besonders unterhaltsam. Es wäre doch eine echte Alternative, politische Konfliktlösungs- und Diplomatie-Spiele zu entwickeln. Also, lasst Euch was einfallen ...“

Emir Taghikhani, Pawel Beylin, Deniz Kilic, Benedikt Aigner führten das Interview